ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Lösch, Dieter

Article — Digitized Version

Der Weg zur Marktwirtschaft: Eine anwendungsbezogene Theorie der Systemtransformation

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lösch, Dieter (1992) : Der Weg zur Marktwirtschaft: Eine anwendungsbezogene Theorie der Systemtransformation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 72, Iss. 12, pp. 656-664

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/136956

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Dieter Lösch*

Der Weg zur Marktwirtschaft

Eine anwendungsbezogene Theorie der Systemtransformation

Die Einführung einer Marktwirtschaft in einem Land, in dem sie bisher nicht existierte, kann nicht auf eine empirisch bewährte Theorie als Basis für wirtschaftspolitische Maßnahmen zurückgreifen. Dr. Dieter Lösch entwickelt die Umrisse einer anwendungsbezogenen Theorie der Systemtransformation.

Angesichts der Tatsache, daß sich seit 1989 eine ganze Reihe von Ländern mit nicht-marktwirtschaftlichen Wirtschaftssystemen darum bemüht, die Marktwirtschaft einzuführen, wird immer wieder „das Fehlen einer Theorie der Systemtransformation"[1] beklagt. Obgleich unter „Theorie der Systemtransformation" Unterschiedliches verstanden wird, ist an dieser Feststellung richtig, daß die Transformationspolitik bisher noch weitgehend improvisieren muß. Anders als in etablierten Marktwirtschaften, die über einen Fundus allgemein akzeptierter und empirisch bewährter Theorien als konzeptionelle Basis für wirtschaftspolitische Maßnahmen verfügen, fehlt der Transformationspolitik bisher eine solche theoretisch fundierte konzeptionelle Grundlage[2].

Die Systemtransformation, das heißt die Einführung einer Marktwirtschaft in einem Land, in dem bisher eine solche nicht existierte, ist zwar ein komplexer Vorgang, aber nichts spricht dagegen, ihn in dem in der Theorie der Wirtschaftspolitik üblichen Ziel-Mittel-Schema darzustellen und auf normativer Grundlage entsprechende Handlungsanweisungen für die Transformationspolitik zu entwickeln.

Für viele Länder kommt ein solches transformationstheoretisches Paradigma zugegebenermaßen reichlich spät. Es ist dennoch von mehr als nur akademischem Interesse, kann es doch, über die konzeptionelle Fundierung der Transformationspolitik hinaus, auch eine Grundlage für die Deskription, Analyse und Evaluierung sowie den Vergleich konkreter Transformationsprozesse bieten und damit zur Versachlichung der Diskussion über die Optimalstrategie für die Einführung der Marktwirtschaft sowie um Fehler und Versäumnisse der Transformationspolitik einzelner Länder beitragen.

Dr. Dieter Lösch, 51, leitet die Forschungsgruppe Entwicklung und Transformation von Wirtschaftssystemen in der Abteilung Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsbeziehungen osteuropäischer Länder des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

Was heißt Transformation?

Ganz allgemein gesprochen, ist das Ziel der Systemtransformation die Einführung der Marktwirtschaft in Ländern, in denen bisher die Volkswirtschaft nicht-marktwirtschaftlich organisiert ist. Dies erfordert zielgerichtete wirtschaftspolitische Aktivitäten des Staates – Transformationspolitik. Deren Aufgabe ist zum einen die Herstellung des Ordnungsrahmens, dessen die Marktwirtschaft bedarf. Insoweit ist Transformationspolitik Ordnungspolitik[3]. Ziel der Transformationspolitik ist jedoch nicht nur die Schaffung bestimmter Strukturen, sondern zum anderen auch die Herbeiführung konkreter Ergebnisse, nämlich von gesamtwirtschaftlicher Effizienz auf der Grundlage des Zusammenspiels von marktwirtschaftlichen Struktu-

* Der vorliegende Beitrag faßt die ersten Ergebnisse eines von der VW-Stiftung geförderten Forschungsprojektes zusammen, das in der Abteilung „Wirtschaftssysteme und Wirtschaftsbeziehungen osteuropäischer Länder" des HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg bearbeitet wird und dort im Oktober Gegenstand eines internationalen Workshops war. Ziel dieses Forschungsvorhabens ist es, ein anwendungsbezogenes Paradigma für die Wirtschaftspolitik bei Einführung der Marktwirtschaft in ehemals sozialistischen Staaten zu formulieren.

[1] Vgl. hierzu z. B. Ronald Clapham, Birgit Grote: Zu Anforderungen an eine Theorie der Transformation von Wirtschaftssystemen, Schriften zur Wirtschaftsforschung, Nr. 3, Universität-Gesamthochschule-Siegen, April 1991, S. 1.

[2] Es soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, daß es in der Theorie der Wirtschaftspolitik keine offenen Fragen und erhebliche Meinungsverschiedenheiten gibt. Es wird auch nicht übersehen, daß von verschiedenen Seiten durchaus Konzepte für die Systemtransformation entwickelt wurden. Doch diese beziehen sich meist auf Teilaspekte des Transformationsprozesses und werden noch äußerst kontrovers diskutiert. Vgl. hierzu die ziemlich konfuse Diskussion zwischen den Anhängern von „Schocktherapie" und „Gradualismus".

[3] Der Begriff Ordnungspolitik bezeichnet allerdings in der Regel nicht nur die wirtschaftspolitischen Aktivitäten zur Herstellung, sondern auch zur Aufrechterhaltung der für den marktwirtschaftlichen Regelmechanismus funktional notwendigen Rahmenbedingungen.

ren und nutzenmaximierendem Verhalten. Bei der Systemtransformation geht es also um die Veränderung der Organisationsform der Volkswirtschaft mit dem Ziel, deren Produktions- und Allokationseffizienz sowie die Wachstumsdynamik zu verbessern.

Eine eigenständige Transformationstheorie setzt voraus, daß sich das Ziel der Transformationspolitik definieren und operationalisieren und der Transformationsprozeß klar eingrenzen läßt. Beides ist nicht unproblematisch, ist aber nicht mit unüberwindlichen Hindernissen verbunden. Was Marktwirtschaft ist, was ihr „Wesen" ausmacht bzw. ihre Effizienz bedingt, wird bisher von nur unvollkommenen, Teilaspekte hervorhebenden Paradigmen erfaßt: Marktwirtschaft als Wettbewerbswirtschaft, Geldwirtschaft, Kapitalismus usw. Auch der Versuch Euckens, dieses System durch sogenannte konstituierende und regulierende Prinzipien zu operationalisieren, befriedigt nicht. Für die Zwecke einer Transformationstheorie jedoch genügt es, Marktwirtschaft als ein System homöostatischer Regelkreise zu betrachten – von Märkten für Güter, Dienste und Faktoren, die sowohl für mikro- und makroökonomische Effizienz[4] als auch Wachstums- und Innovationsdynamik sorgen. Die Operationalisierung dieser Definition von Marktwirtschaft orientiert sich zweckmäßigerweise weitgehend an den institutionellen Lösungen, die sich in den westlichen Marktwirtschaften bewährt haben[5].

Was die Eingrenzung des Transformationsprozesses betrifft, so läßt sich zumindest theoretisch dessen Anfang und Ende definieren. Der Transformationsprozeß beginnt mit der definitiven Entscheidung für die Marktwirtschaft. Er endet, wenn diese etabliert ist, das heißt der Regelmechanismus „normal" (undistorted) funktioniert und die dem vorherigen nicht-marktwirtschaftlichen System zuzuschreibenden Ineffizienzen und Strukturverzerrungen beseitigt sind.

Das allgemeine Ablaufmodell

Jeder so abgegrenzte Prozeß der Etablierung einer Marktwirtschaft in einer beliebigen Sozialökonomie läßt sich von der immanenten Logik der zu bewältigenden Aufgaben her beschreiben und in Phasen einteilen.

Die zu bewältigenden Aufgaben sind in chronologischer Reihenfolge:

☐ Schaffung der organisatorischen Basis für die Transformationspolitik, das heißt von Organen der Exekutive, die als Träger der Transformationspolitik in der Lage sind, den Transformationsprozeß zu gestalten.

☐ Schaffung der institutionellen Grundlagen für den marktwirtschaftlichen Regelmechanismus, dabei insbesondere

- die Umgestaltung der inneren Strukturen der Produktionseinheiten durch die Veränderung der Property-Rights-Strukturen mit dem Ziel, dynamisches Unternehmensverhalten zu gewährleisten;
- die Herstellung von Marktzugangsbedingungen und Marktformen, die Leistungswettbewerb ermöglichen bzw. erzwingen;
- und schließlich die Schaffung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen, die das reibungslose Funktionieren des Regelmechanismus ebenso wie steuernde prozeßpolitische Eingriffe ermöglichen.

☐ Ingangsetzung der Marktprozesse durch Abschaffung der bestehenden dysfunktionalen Regulierungen.

☐ Herstellung eines makroökonomischen Gleichgewichts, Ingangsetzung von Wachstumsprozessen und Bewältigung der durch die Systemumstellung ausgelösten Strukturanpassungsprozesse – sowie, während des gesamten Prozesses der Systemumgestaltung,

☐ sozialpolitische Kompensation der aus dem institutioneilen Umbau und dem Strukturwandel resultierenden sozialen Probleme.

Die meisten dieser Aufgaben benötigen Zeit, das heißt sie sind *zeitraumbezogen*; dies gilt für die ordnungspolitische Aufgabe der Schaffung gesetzlicher und institutioneller Rahmenbedingungen ebenso wie für die prozeßpolitischen Aufgaben der Herstellung eines gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, der (Wieder-)Herstellung von Wachstumsdynamik und der Bewältigung des Strukturwandels. Von solchen *zeitraumbezogenen* Aufgaben sind *zeitpunktbezogene* Maßnahmen zu unterscheiden, z.B. die Inkraftsetzung von Gesetzen oder die Arbeitsaufnahme von Institutionen, für die bestimmte Stichtage festgesetzt werden müssen.

Auf der Grundlage dieser Unterscheidung zeitraumbezogener ordnungspolitischer und prozeßpolitischer Aufgaben auf der einen Seite und der zeitpunktbezogenen Aufgabe der Inkraftsetzung des marktwirtschaftlichen

[4] Das heißt Wirtschaftlichkeit ebenso wie Produktions- und Allokationseffizienz; vgl. hierzu Peter Engst: Effizienz und Wirtschaftssystem, Diss., Bochum 1972, S. 8 ff.; Christian Watrin: Kriterien zur Beurteilung der statischen Effizienz von Wirtschaftssystemen, in: Erik Boettcher (Hrsg.): Beiträge zum Vergleich von Wirtschaftssystemen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 57, Berlin 1970, S. 61.

[5] Selbstverständlich unter Einbeziehung von Erkenntnissen der Ordnungstheorie, um die Übernahme historisch bedingter, dysfunktionaler Elemente der bestehenden Marktwirtschaften auszuschließen.

Regelmechanismus zu einem bestimmten Stichtag auf der anderen Seite läßt sich der Transformationsprozeß in drei Hauptphasen gliedern:

☐ die Vorbereitungsphase, das ist die stets eine gewisse Zeit beanspruchende Phase der konstruktiven Ordnungspolitik, in der der gesetzliche Rahmen und die organisatorisch-institutionellen Grundlagen für die Marktwirtschaft geschaffen werden;

☐ die Startphase, das ist die prinzipiell zeitpunktbezogene Ingangsetzung der marktwirtschaftlichen Allokationsprozesse;

☐ die Anpassungsphase, das ist die unvermeidlich über einen längeren Zeitraum ausgreifende Phase, in der – unterstützt von der Prozeßpolitik – die Märkte ein makroökonomisches Gleichgewicht herbeiführen, während gleichzeitig die Niveau- und Strukturanpassungsprozesse ablaufen.

Auf den ersten Blick beschreibt dieses Drei-Phasen-Schema *(Grundmodell)* die logische zeitliche Abfolge der Systemtransformation. Nach einer ausreichend langen Vorbereitungsphase wird die Marktwirtschaft zu einem bestimmten Stichtag gestartet, und es kommen sogleich die Anpassungsprozesse in Gang.

Varianten des Grundmodells

Doch dieses obige Grundmodell für den Ablauf des Transformationsprozesses läßt sich variieren. So kann in der *ersten Variante des Grundmodells* die Ingangsetzung der Marktwirtschaft nicht nur zu einem, sondern auch zu mehreren Zeitpunkten schrittweise erfolgen, und zwar durch

☐ gleichzeitige partielle Deregulierung bzw. Liberalisierung[6] aller Märkte zu bestimmten zeitlich aufeinander folgenden Stichtagen,

☐ die vollständige Deregulierung bzw. Liberalisierung jeweils eines Teils der Märkte zu verschiedenen Stichtagen und

☐ die Deregulierung der Binnenmärkte vor der Liberalisierung der Außenwirtschaft[7].

Mit dem Beginn der Startphase, gleichgültig ob die Deregulierung vollständig oder nur partiell erfolgt, kommen Anpassungsprozesse in Gang. Die Anpassungsphase und die Startphase laufen also in allen Fällen, in denen schrittweise dereguliert bzw. liberalisiert wird, parallel, jedoch sind die Marktsignale bis zur vollständigen Deregulierung bzw. Liberalisierung noch verzerrt.

Theoretisch denkbar ist schließlich eine *zweite Variante des Grundmodells*, bei der die Deregulierung und Liberalisierung[8] ohne Vorbereitung schon zum gleichen Zeitpunkt beginnen wie die Herstellung der Rahmenbedingungen. Die Zulassung bzw. Schaffung selbständiger Unternehmen sowie der für die Marktwirtschaft notwendigen Rechtsordnung und Institutionen und die Deregulierung der Märkte sowie die Liberalisierung der Außenwirtschaft verlaufen in diesem Fall über einen längeren Zeitraum parallel.

Die obige Unterscheidung zwischen zeitraum- und zeitpunktbezogenen Maßnahmen der Transformationspolitik legt nahe, zwischen *Pacing* und *Timing* des Transformationsprozesses zu unterscheiden. Unter *Pacing* soll dabei die Bestimmung der Geschwindigkeit der Vorgehensweise für den gesamten Prozeß ebenso wie für die einzelnen Phasen und (noch näher zu bestimmende) Teilphasen verstanden werden. Der Begriff *Timing* wird dagegen für die Bestimmung der Zeitpunkte für die Inkraftsetzung zeitpunktbezogener Politikmaßnahmen reserviert.

---

[6] Zur Terminologie: Deregulierung heißt Abschaffung von Preis- und Mengenregulierungen wie auch anderer direkter staatlicher Eingriffe in die Gewerbe- und Vertragsfreiheit. Unter Liberalisierung wird hier die Öffnung der Wirtschaft nach außen durch Abschaffung oder Reduzierung von Zöllen, Kontingenten und nicht-tarifären Handelshemmnissen sowie Beschränkungen der Leistungsbilanz-Konvertibilität verstanden.

[7] Diese „reinen" Subvarianten können in der Praxis natürlich gemischt vorkommen.

[8] Der empirisch durchaus relevante Fall, daß Deregulierung und Liberalisierung ohne eine entsprechende institutionelle Vorbereitung erfolgen, soll – weil er offensichtlich der immanenten Sachlogik des Transformationsprozesses widerspricht – hier außer Betracht bleiben.

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

KONJUNKTUR VON MORGEN

Jahresbezugspreis DM 135,–
ISSN 0023-3439

Der vierzehntäglich erscheinende Kurzbericht des HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg über die Binnen- und Weltkonjunktur und die Rohstoffmärkte

VERLAG WELTARCHIV GMBH – HAMBURG

Auf der Grundlage dieser Differenzierung wird deutlich, daß die gegensätzlichen Transformationsansätze der Schocktherapie und des Gradualismus die alternativen Strategien für die Systemtransformation nur völlig unzureichend erfassen. Der Schockbegriff bezieht sich u.a. auf folgende Aspekte: schnelle Durchführung zeitraumbezogener Maßnahmen, frühe Durchführung zeitpunktbezogener Maßnahmen, gleichzeitige Durchführung mehrerer zeitpunktbezogener Maßnahmen. Dagegen kann Gradualismus bedeuten: langsame Vorgehensweise bei zeitraumbezogenen Maßnahmen, entsprechend späte und auf einen längeren Zeitraum verteilte Inkraftsetzung zeitpunktbezogener Maßnahmen[9]. Die obigen drei Strategievarianten (das heißt das Grundmodell und die beiden Varianten) beschreiben die alternativen Möglichkeiten weitaus präziser; alle drei enthalten sowohl „gradualistische" als auch „Schock-"Elemente, was die Unbrauchbarkeit dieses Begriffspaares deutlich macht.

Die Optimalstrategie unter ökonomischem Aspekt

Welche der drei Strategievarianten vorzuziehen ist, hängt einmal von der Ausgangslage und zum anderen von normativen Kriterien ab. Unter rein ökonomischem Aspekt sind die relevanten Optimierungskriterien zum einen der Zeit- und zum anderen der Kostenfaktor. Unter dem Welfare-Aspekt gilt es beide (Zeitbedarf und Kosten) zu minimieren. Allerdings ist nicht auszuschließen, daß zwischen beiden ein trade-off besteht – also eine schnelle (langsame) Vorgehensweise möglicherweise höhere Kosten verursacht als eine langsamere (schnellere).

Um herauszufinden, welche der Strategievarianten unter ökonomischem Aspekt der Vorzug gebührt, wird zunächst unterstellt, daß ein derartiger trade-off nicht existiert, die wirtschaftspolitischen Instanzen über vollkommene Information verfügen, Zeit und Kosten des Prozesses minimieren möchten, ohne dabei irgendwelche Eigeninteressen zu verfolgen, und daß es ein Akzeptanzproblem nicht gibt. Außerdem wird angenommen, daß es sich um einen der typischen Transformationsfälle handelt, das heißt um ein ehemals sozialistisches Land, dessen Wirtschaft schon längere Zeit wirtschaftlich mehr oder weniger stagniert, dessen Betriebe mit einem überhöhten Faktoreinsatz arbeiten und dessen Infrastruktur und Kapitalstock heruntergewirtschaftet und veraltet sind und dessen planwirtschaftliche Koordinationsmechanismen bereits nicht mehr funktionieren.

Unter diesen Prämissen scheidet die Variante 2 des Grundmodells aus. Der Transformationsprozeß kann nicht dadurch beschleunigt werden, daß parallel zum Aufbau der Rahmenbedingungen bereits verfrüht Deregulierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen einsetzen.

Variante 1 des Grundmodells käme in Frage, wenn überzeugende Argumente für eine der drei Subvarianten der schrittweisen Deregulierung bzw. Liberalisierung sprechen würden:

☐ Die generelle, aber schrittweise erfolgende Preisfreigabe wird damit begründet, den Wirtschaftssubjekten den mit einer Big-bang-Deregulierung einhergehenden Schock zu ersparen. Dahinter stecken vor allem Akzeptanzüberlegungen, die bei rein ökonomischer Betrachtung keine Rolle spielen. Doch es gibt auch ein ökonomisches Argument für die schrittweise Deregulierung: Eine schrittweise Veränderung der relativen Preise ermögliche es den Unternehmen, sich an die veränderten Bedingungen sukzessive anzupassen. Dadurch könne man die Inflation besser unter Kontrolle halten, stärkere Produktionseinbrüche verhindern und einen höheren Beschäftigungsgrad aufrechterhalten als bei der schlagartigen Totalliberalisierung. In diesem Fall hätten wir es aber mit einem trade-off zwischen Geschwindigkeit und Kosten des Systemwandels zu tun, der annahmegemäß zunächst ausgeschlossen wurde.

☐ Für eine sukzessive Deregulierung bzw. Liberalisierung unterschiedlicher Märkte zu verschiedenen Zeitpunkten werden verschiedene Argumente ins Feld geführt. Unter anderem wird empfohlen, erst die Konsumgütermärkte, dann die Märkte für Produktionsmittel und dann die Energie- und Rohstoffmärkte zu liberalisieren. Dies würde verhindern, daß die Unternehmen bei steigenden Input- und regulierten Outputpreisen in die Verlustzone geraten würden. Andere Empfehlungen sehen vor, die Finanzmärkte und den Arbeitsmarkt später als die Gütermärkte zu liberalisieren. Dahinter stehen vor allem „technische" Bedenken, z.B. der Art, daß der Zeitbedarf für die Herstellung der Rahmenbedingungen in diesen Bereichen größer sei als bei den Märkten für Güter und Dienste. Häufig wird auch ein größerer Regulierungsbedarf dieser Märkte, zumindest für die Dauer des Transformationsprozesses, angenommen und dabei darauf verwiesen, daß z.B. auch beim Übergang zur Marktwirtschaft in der Bundesrepublik diese speziellen Märkte noch längere Zeit reguliert geblieben sind. Angesichts der Tatsache, daß der Staat immerhin auch die Möglichkeit hat, nach Liberalisierung dieser Märkte marktkonform zu intervenieren, überzeugen diese Argumente nicht.

☐ Schließlich soll mit der Liberalisierung der Binnenmärkte vor der Liberalisierung der Außenwirtschaft, also einer bewußten Verzögerung der außenwirtschaftlichen

[9] In der Literatur lassen sich noch eine ganze Reihe anderer, meist impliziter Definitionen von Gradualismus und Schocktherapie finden.

Öffnung und Herstellung der Währungskonvertibilität, erreicht werden, daß sich die Betriebe bzw. Unternehmen nicht sofort voll dem Wettbewerb des Weltmarktes ausgesetzt sehen. Nur so könne eine Quasi-Deindustrialisierung der ehemals sozialistischen Länder verhindert werden, die mit enormen sozialen Kosten in Form der Entwertung von Produktionsanlagen und Arbeitslosigkeit verbunden wäre und die die betreffenden Länder auf den Stand von Schwellen- oder gar Entwicklungsländern zurückwerfen würde. Diese Argumentationslinie beruft sich in der Regel auf die Entwicklung in den neuen Bundesländern nach der Währungsunion.

Dem ist entgegenzuhalten, daß bei gleichzeitiger Liberalisierung der Binnenmärkte sowie der Außenwirtschaft, verbunden mit der Herstellung der Währungskonvertibilität, zum einen der mangelnde Binnenwettbewerb in der Übergangsphase (infolge monopolisierter Marktformen und unzulänglichen unternehmerischen Verhaltens der einheimischen Betriebe) durch Außenwettbewerb kompensiert wird und daß zum anderen mit der damit erfolgten Eingliederung in die Weltwirtschaft die Märkte sofort unverzerrte Informationen liefern. Zu einem übermäßigen Wettbewerbsdruck, der zu einer Deindustrialisierung führen könnte, kommt es nicht, weil – bei dem sich infolge der ungenügenden Wettbewerbsfähigkeit einstellenden relativ niedrigen Wechselkurs – sich die begehrten ausländischen Waren stark verteuern, während die Exportfähigkeit der einheimischen Wirtschaft gestärkt und die Bedingungen für den Zufluß ausländischen Kapitals verbessert werden.

Eine Verschiebung der außenwirtschaftlichen Liberalisierung würde dagegen eine künstliche Überbewertung der Binnenwährung ebenso notwendig machen wie hohe Zölle und Importkontingente. Da die betreffenden Länder in aller Regel nicht über ausreichend Devisen verfügen, um einen überhöhten Wechselkurs am Markt verteidigen zu können, müßte dann der gesamte außenwirtschaftliche Bereich zunächst reguliert bleiben. Die Vertagung der außenwirtschaftlichen Öffnung würde die Lösung der damit verbundenen Probleme eher erschweren als erleichtern. Die binnenwirtschaftliche Liberalisierung würde eine Reallokation der Ressourcen in Gang bringen, die nicht unbedingt die außenwirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit stärken würde. Potentiell exportstarke Unternehmen würden in diesem Binnenmarkt möglicherweise ihre komparativen Vorteile sogar einbüßen.

Alles in allem spricht somit auch sehr wenig für eine Vorgehensweise gemäß Variante 1 des Grundmodells, so daß unter rein ökonomischem Aspekt sich eine Transformationsstrategie entsprechend dem oben skizzierten Grundmodell empfiehlt.

Die Optimierung der Vorbereitungsphase

Der Zeitbedarf für die Vorbereitungsphase ist weitgehend lageabhängig, etwa von einem Reformvorlauf in der Perestrojka-Phase, der Kompetenz von Regierung, Verwaltung und Rechtswissenschaft, den Verfahrensregeln für die Gesetzgebung usw. Grundsätzlich gilt, daß am Stichtag der Ingangsetzung der Marktallokation die Rahmenbedingungen vorhanden sein sollten, die notwendig sind, damit nach dem Tage X die Märkte unverzerrt funktionieren können und die Wirtschaftspolitik über die notwendigen Institutionen und Instrumente verfügt, um zielgerecht intervenieren zu können. Diese Rahmenbedingungen wurden inzwischen oft beschrieben:

☐ Im makroökonomischen Bereich sind dies die Voraussetzungen für die Geldpolitik und funktionierende Finanzmärkte, also eine Zentralbank, ein System unabhängiger Geschäftsbanken, die Existenz eines Interbanken-Geldmarktes und eventuell einer Börse; eine Steuerreform, die die Budgetfinanzierung unabhängig vom direkten Zugriff des Staates auf die Unternehmensgewinne macht und die Finanzierung aus der Notenpresse verhindert sowie fiskalpolitische Interventionen ermöglicht; sowie eine funktionierende Finanzverwaltung.

☐ Wünschenswert, aber nicht unbedingt notwendig wäre die Existenz von organisierten Tarifparteien und einer Behörde für die Wettbewerbsaufsicht.

☐ Es sollten bereits kleine private Betriebe neu entstanden und die kleineren Staatsbetriebe – insbesondere im Bereich des Handels und der Dienstleistungen, aber auch kleinere Produktionsbetriebe – privatisiert sein.

☐ Wünschenswert wäre auch, daß die großen Staatsbetriebe privatisiert wären. Die große Privatisierung ist in der Vorbereitungsphase jedoch nur möglich als spontane oder Nomenklatura-Privatisierung, kostenlose Überlassung der Betriebe an die Beschäftigten oder Coupon-Privatisierung, also mit Methoden, bei denen die Feststellung des Ertragswertes der Produktionseinheiten keine Rolle spielt. Gegen alle diese Methoden spricht – neben zum Teil anderen Bedenken – ein gewichtiges ökonomisches Argument: Durch diese Formen der Privatisierung würde der Zweck derselben, durch die Ausgestaltung der Property-Rights-Strukturen unternehmerisches Verhalten sicherzustellen, wohl nur schwerlich erreicht. Damit bleibt nur die sogenannte Kommerzialisierung, das heißt die Verselbständigung der Betriebe und ihre Unterwerfung unter harte Budgetrestriktionen bei Beibehaltung des staatlichen Eigentums; staatliche Kontrollinstanzen müssen das unternehmerische Verhalten des Managements kontrollieren und es gegebenenfalls austauschen können.

□ In jedem Falle sollte, als Voraussetzung für unternehmerisches Verhalten der ehemaligen Staatsbetriebe, das Problem ihrer Altschulden gelöst werden, sei es durch Umwandlung dieser Schulden in Besitztitel oder sei es durch ihre Übernahme durch den Staat.

In der Vorbereitungsphase muß entschieden werden, wie der Geldüberhang beseitigt werden soll. Dafür kommen zwei alternative Methoden in Frage: Währungsreform oder Anpassungsinflation. Beide Operationen haben Vor- und Nachteile[10]. Bei der Währungsreform besteht vor allem das Problem darin, die Umstellungsquote in etwa so zu bestimmen, daß sich nach der Deregulierung der Märkte und Anpassung der relativen Preise weder deflatorische noch inflationäre Prozesse einstellen. Eine Währungsreform kann jedoch mit einer Blockierung von Bankguthaben kombiniert werden, so daß der Staat oder die Zentralbank nachträglich noch Möglichkeiten haben, die Geldmenge zu variieren. Gegen eine Anpassungsinflation wird meist ins Feld geführt, daß sie eine gewisse Eigendynamik entfalten könnte, die die Herstellung von Preisniveaustabilität stark erschweren würde.

Ein anderes in der Vorbereitungsphase zu lösendes Problem ist die Entscheidung für das Wechselkursregime im Zuge der Liberalisierung der Außenwirtschaft. Für einen flexiblen Wechselkurs (einen „realen Anker" für die binnenwirtschaftliche Sttabilität) wird ins Feld geführt, daß sich der „richtige" Kurs automatisch einstellt und die Wirtschaftspolitik im Fallle anhaltender Inflation eine größere Entscheidungsfreiheit hat, ob sie der Geldwertstabilität oder dem Wachstumsziel höhere Priorität einräumen möchte. Umgekehrt zwingt ein Fixkurs (ein „nominaler Anker"), selbst wenn er zunächst in der „richtigen" Höhe festgesetzt wird, bei anhaltender Inflation zur Inflationsbekämpfung um jeden Preis oder zu möglicherweise wiederholten Abwertungen. Die Entscheidung für das eine oder andere Verfahren hängt somit hauptsächlich vom Vertrauen in die wirtschaftspolitischen Instanzen ab.

Das Plädoyer für einen Fixkurs resultiert aus dem Mißtrauen gegenüber der Fähigkeit und dem Willen der Wirtschaftspolitik, Währungsstabilität durchzusetzen, und institutionalisiert die Priorität der Geldwertstabilität gegenüber den anderen Zielen des magischen Vierecks. Die Entscheidung für einen flexiblen Kurs schließt jedoch eine solche Prioritätensetzung durch die für die Wirtschaftspolitik Verantwortlichen nicht aus. Mit einem flexiblen Kurs geht allerdings die Gefahr des Imports von Inflation und damit der kumulativen Inflationsverstärkung einher. Dagegen hat das Fixkurssystem den Nachteil, daß die Zentralbank über eine ausreichende Interventionsmasse an Devisen verfügen muß, um den Kurs notfalls verteidigen zu können, und daß – wenn die Inflationsbekämpfung nicht vollständig gelingt – es zu einer Überbewertung der Währung mit entsprechend negativen Folgen für den Export kommen kann. Unter den obigen Modellprämissen gibt das Devisenproblem den Ausschlag für ein Votum für einen flexiblen Kurs, jedoch ist die Entscheidung für das Wechselkursregime nicht unabhängig von dem prozeßpolitischen Konzept für die Anpassungsphase.

Die Wirtschaftspolitik in der Anpassungsphase

In der Anpassungsphase – nach der zu einem Stichtag erfolgten totalen Deregulierung und Liberalisierung – stellt sich zunächst die Frage nach der optimalen Prozeßpolitik zur Herstellung des makroökonomischen Gleichgewichts. Dabei geht es in erster Linie um den Zielkonflikt zwischen Geldwertstabilität auf der einen und Wachstum und Beschäftigung auf der anderen Seite. Gesamtangebot und Gesamtnachfrage müssen bei möglichst stabilem Preisniveau ausbalanciert werden, und zwar in einer Weise, daß das Minuswachstum bzw. die Stagnation gestoppt und eine möglichst hohe Wachstumsdynamik erzeugt wird.

Durch die Ingangsetzung der Marktwirtschaft in Verbindung mit einer Währungsreform bzw. Anpassungsinflation kommt es zu tiefgreifenden Veränderungen in der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. So ändert sich nicht nur die Konsumstruktur, sondern auch die auf den Binnenmarkt gerichtete quantitative Konsumnachfrage; infolge verstärkter Nachfrage nach Importgütern geht diese selbst dann real zurück, wenn die Reallöhne nicht sinken. Bei sinkenden Reallöhnen besteht tendenziell die Gefahr, daß die Übernachfrage nach Konsumgütern ziemlich rasch in eine Unternachfrage übergeht. Dies um so eher, wenn es durch mangelnden Wettbewerb in den nicht-wettbewerblichen Bereichen der Wirtschaft zu autonomen Preiserhöhungen kommt, sei es, um die Preise dem Weltmarktniveau oder den Kosten anzupassen, oder sei es, um einfach den maximal möglichen Gewinn zu erzielen.

Die Exportnachfrage wird infolge der liberalisierungsbedingten Abwertung zunächst ansteigen. Der Anstieg dürfte allerdings wegen der nicht-preisbedingten Wettbewerbsnachteile nicht allzu hoch ausfallen und im Falle fortschreitender Inflation bald gedämpft werden. Im Falle der ehemaligen sozialistischen Länder schlägt vor allem der Zusammenbruch des Intra-RGW-Handels zu Buche. Dieser Zusammenbruch resultiert aus dem gleichzeitigen Bemühen der ehemaligen sozialistischen Staaten, sich entsprechend ihrer komparativen Vorteile in die Weltwirtschaft einzufügen, wodurch die in hohem Maße

[10] Zu den Argumenten für eine Währungsreform vgl. Hansjörg Herr, Silke Tober, Andreas Westphal: A Strategy for Economic Transformation and Development in Eastern Europe, in: De Pecurria, Jg. III (1991), Nr. 3, S. 95-135, S. 99 ff.

politisch bestimmten Austauschbeziehungen im sogenannten sozialistischen Weltsystem nicht mehr aufrechtzuerhalten sind. Eine zeitweilige Wiederbelebung des RGW-Handels durch Tauschgeschäfte oder bi- oder multilaterale Verrechnungssysteme können daher einen Rückgang der Exportnachfrage nicht entscheidend verhindern. Kurz- bis mittelfristig ist wohl kaum anzunehmen, daß der Verlust der RGW-Märkte durch den Anstieg des Westhandels vollständig kompensiert werden kann.

Wie sich die Staatsnachfrage entwickelt, hängt wesentlich von der Einnahmeentwicklung ab. In der Frühphase des Transformationsprozesses sind infolge der Umstellung der Staatsfinanzierung und noch existierender Funktionsmängel bei der Steuererhebung eher rückläufige Staatseinnahmen zu erwarten. Auf der Ausgabenseite bedingt die neue Budgetstruktur zwar eine ganze Reihe erheblicher Einsparungen, andererseits jedoch können die Subventionen der Staatsunternehmen nicht sofort vollständig gestrichen werden und ist ein steigender Bedarf für Sozialleistungen zu erwarten. Das bedeutet, daß der Staat es schwer haben wird, die dringend notwendigen Infrastrukturausgaben zu finanzieren.

Angesichts dieser stagnierenden oder tendenziell rückläufigen Nachfrageaggregate, mangelnden unternehmerischen Verhaltens im bislang nur kommerzialisierten Staatssektor und der allgemeinen Unsicherheit über die künftige Entwicklung dürfte unmittelbar nach der Einführung der Marktwirtschaft auch die Investitionsbereitschaft nicht übermäßig groß sein. Im privaten und vor allem im staatlichen Unternehmensbereich wird man sich vermutlich zunächst abwartend verhalten.

Verhinderung einer Rezessionsspirale

Daraus folgt, daß die Wirtschaftspolitik nach dem Stichtag der Einführung der Marktwirtschaft primär ihr Augenmerk darauf richten muß, daß es nicht zu einer Rezessionsspirale kommt. Dafür sind sowohl angebotsseitige als auch nachfrageseitige Maßnahmen notwendig. Die Steuern sollten niedrig gehalten, Investitionen besonders begünstigt werden, und ein Budgetdefizit – möglicherweise sogar dessen Anstieg – darf nicht von vornherein tabuisiert werden. Denn im Falle rückläufiger Nachfrage muß staatliches deficit spending nachfragestützend wirken. Das Hauptaugenmerk ist dabei auf investive Ausgaben zu richten, sei es für die Infrastruktur, sei es für die Förderung privater Investitionen oder Investitionen der verbliebenen Staatsunternehmen.

Die Lohnpolitik sollte dagegen weniger auf die Nachfragewirkungen von Lohnerhöhungen fixiert sein als auf die Angebotswirkung relativ niedriger Reallohnsteigerungen. Die Lohnpolitik sollte die Geldpolitik stützen, die aber schon deshalb nicht zu restriktiv sein sollte, weil die Inflation in der Situation der transformierenden Länder kein rein monetäres Problem ist. In der spezifischen Situation dieser Länder müssen hohe Zinsen nicht unbedingt antiinflatorisch wirken und niedrige Zinsen umgekehrt nicht unbedingt die Inflation nachhaltig beschleunigen.

Bei einem fixen Wechselkurs hätte jedoch die Geldwertstabilität – als Voraussetzung für die Verteidigung des Kurses – höchste Priorität; hohe Zinsen, starke Reallohnsenkungen und sinkende Staatsausgaben wären dann wohl kaum vermeidbar. Damit bestünde eine erhebliche Gefahr für eine Stagflation oder gar Slumpflation – eben weil die Inflationsursachen zunächst noch nicht geldpolitisch in den Griff zu bekommen sind, ganz abgesehen von der bekannten starken Bremswirkung, die von der Geldpolitik ausgehen kann.

Nach der Einführung der Marktwirtschaft kommt unter dem Druck der Marktkräfte ein umfassender Strukturanpassungsprozeß in Gang. Angesichts der Dimension des Strukturanpassungsproblems ist es unumgänglich, daß die Wirtschaftspolitik den Strukturwandel begleitet. Doch wie soll sie verfahren? Unter der Prämisse vollkommener Information könnte der Staat die aufstrebenden Industrien identifizieren und aktiv unterstützen, während er untergehende Industrien einfach in Konkurs gehen lassen würde. Mit anderen Worten, er würde aktiv Industriepolitik betreiben.

Im folgenden soll kurz überprüft werden, inwieweit das im vorangegangenen skizzierte Strategiekonzept modifiziert werden muß, wenn man die oben eingeführten Modellprämissen aufgibt,

- ☐ also die Möglichkeit eines trade-off zwischen Geschwindigkeit und Kosten des Systemwandels,
- ☐ politökonomische Aspekte[11] und
- ☐ Akzeptanzaspekte

in Betracht zieht.

Zunächst stellt sich die Frage, ob dann die Grundsatzentscheidung für das Pacing bzw. Timing des Transformationsprozesses nach dem sogenannten Grundmodell modifiziert werden muß. Dies wäre der Fall, wenn man annehmen müßte, daß eine schlagartige Einführung der Marktwirtschaft zu einem einzigen Stichtag entweder einen solchen Schock für die Bevölkerung darstellen würde, daß dadurch die Akzeptanz des Systemumbaus gefährdet wäre, oder wenn man darüber hinaus davon

[11] Gemeint sind hiermit Informationsdefizite, Qualitätsmängel und Eigeninteressen der Wirtschaftspolitik.

ausgehen müßte, daß eine solche radikale wirtschaftspolitische Operation die Herstellung eines makroökonomischen Gleichgewichts erheblich erschwert, oder wenn eine „überschießende" Strukturanpassung (das heißt ein unnötiger Rückgang der Produktion und der Beschäftigung einschließlich der Vernichtung von potentiell wettbewerbsfähigen Betrieben) zu erwarten wäre.

Daß im Zuge einer schrittweisen Liberalisierung bessere Chancen für die Akzeptanz des Transformationsprozesses und damit die Wahrung des sozialen Friedens bestehen, ist jedoch zweifelhaft, weil wiederholte kleinere Schocks möglicherweise die Akzeptanz des Systemübergangs genauso oder sogar stärker gefährden können als ein einmaliger heftiger Liberalisierungsschock. Im Gegenteil, wegen der zu erwartenden, im Zeitablauf sich verstärkenden negativen Rückkoppelung aufeinanderfolgender Liberalisierungsschocks auf die wirtschaftspolitischen Instanzen dürfte eine schrittweise Deregulierung und Liberalisierung – gleich nach welchem der obigen Muster – sogar mit höheren Akzeptanzrisiken verbunden sein.

Gefahren schrittweiser Deregulierung

Auch das Argument, nach dem bei einer schrittweisen Deregulierung bzw. Liberalisierung die Wirtschaftspolitik angeblich eine größere Chance hat, die Entwicklung unter Kontrolle zu halten, Inflation, Produktionseinbrüche usw. zu vermeiden, überzeugt nicht. Dies vor allem deshalb, weil man die Informationsmängel und die mangelnde Erfahrung der wirtschaftspolitischen Instanzen ebenso in Rechnung stellen muß wie die Tatsache, daß eine selektiv intervenierende Wirtschaftspolitik in aller Regel unter den Einfluß von Lobbies gerät, wodurch die mit einer gradualistischen Deregulierung/Liberalisierung zwangsläufig einhergehenden Allokationsverzerrungen unbeherrschbar werden – ganz zu schweigen von der Gefahr, daß Marktregulierungen und protektionistische Maßnahmen sehr leicht zu Dauereinrichtungen werden.

Größeres Gewicht hat dagegen das Argument, daß die simultane binnenwirtschaftliche Deregulierung und außenwirtschaftliche Öffnung nicht nur höhere Kosten des Strukturwandels verursachen, sondern diese auch in so kurzer Zeit in voller Höhe anfallen lassen, daß sich von daher eine schrittweise Vorgehensweise empfehlen würde.

Solchen Überlegungen ist allerdings entgegenzuhalten, daß die Kosten des Systemwechsels vom Ausmaß der durch das alte System verursachten X-Ineffizienzen, Fehlallokationen und Strukturverzerrungen bestimmt sind, also weitgehend unabhängig vom Tempo des Transformationsprozesses; dieses determiniert lediglich die zeitliche Verteilung des Kostenanfalls. Aber auch nach der Startphase verfügt die Wirtschaftspolitik über Möglichkeiten, die Anpassungsprozesse durch globalsteuernde Maßnahmen, wie z.B. allgemeine regressive Strukturanpassungshilfen, zu beeinflussen und gegebenenfalls aus sozialpolitischen Gründen zu verzögern. Der Vorteil einer solchen Vorgehensweise gegenüber der verzögerten Deregulierung/Liberalisierung besteht darin, daß in diesem Fall von Anfang an unverfälschte Marktsignale wirksam sind, neue Fehlallokationen während der Anpassungsprozesse somit vermieden werden können.

Demgegenüber würden Teilliberalisierungen nur zu neuen Fehlleitungen von Ressourcen führen und die Stabilisierung und Erholung der Wirtschaft verzögern, die prozeßpolitischen Interventionen erschweren und allerlei Illusionen nähren, bestimmte Betriebe bzw. Arbeitsplätze gegen den Markt doch auf Dauer erhalten zu können. Solche Illusionen mögen zwar kurzfristig die Akzeptanz des Systemumbaus erhöhen, längerfristig stellen sie jedoch eher eine Gefahr dar, nämlich dann, wenn es unvermeidlich zur Desillusionierung kommen muß. Um den sozialen Frieden zu wahren, ist es deshalb vermutlich besser, die Bevölkerung von vornherein spüren zu lassen, daß die Marktwirtschaft ein unerbittliches System ist, dessen Effizienz darauf beruht, daß es die Unternehmen bei Strafe des Untergangs zur Anpassung zwingt. Den aus dieser Erfahrung resultierenden Schock glauben viele Politiker ihren Wählern nicht zumuten zu können. Aber auch kleinere wiederholte Schocks wären unpopulär, so daß es naheliegt, daß im Falle einer schrittweisen Vorgehensweise die endgültige Deregulierung und Liberalisierung auf Dauer verschoben würde.

Politökonomische und Akzeptanzaspekte

Die für die Vorbereitungsphase unter ökonomischem Aspekt formulierten Grundsätze gelten grundsätzlich auch, wenn man politökonomische und Akzeptanzaspekte in die Analyse einbezieht. Bei Berücksichtigung von Informationsdefiziten und qualitativen Mängeln der Wirtschaftspolitik sowie der Tatsache, daß die Politiker vielfach Eigeninteressen verfolgen, tritt nur die Schwierigkeit der zu bewältigenden Aufgaben deutlicher in den Vordergrund. Akzeptanzprobleme gibt es in dieser Phase durch den Umbau der Staats- und Wirtschaftsadministration und vor allem bei der Privatisierung. Widerstand kann es allerdings von verschiedenen Seiten geben, so von der ehemaligen Nomenklatura, die sich gegen den Entzug ihrer Privilegien wehrt, aber auch von seiten der Bevölkerung, der diese nicht ausreichend erscheint oder nicht schnell genug geht. Hieraus können große Probleme für die Transformationspolitik erwachsen. An den konzeptionellen Empfehlungen dafür in der Vorbereitungsphase ändert dies jedoch grundsätzlich nichts.

Anders ist dies für die Überlegungen, die bezüglich der optimalen Wirtschaftspolitik in der Anpassungsphase angestellt wurden. Hier können politökonomische Aspekte so stark ins Gewicht fallen, daß es möglicherweise unumgänglich sein wird, andere Akzente zu setzen. Eine schwache Regierung z.B. wird unter dem Vorwand der Beschäftigungssicherung möglicherweise die Inflationsbekämpfung vernachlässigen und zu hohe Reallohnsteigerungen und Budgetdefizite zulassen. Dies könnte dafür sprechen, im Interesse der Glaubwürdigkeit der Stabilisierungspolitik, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, wenn es zu produktiven Investitionen und Kapitalimport kommen soll, eine konventionelle monetaristische Strategie zu verfolgen, wie sie der IWF propagiert. Eine solche verschärft allerdings bekanntlich das Akzeptanzproblem und wäre, wenn die oben dargelegten Argumente zutreffen, unter ökonomischem Aspekt suboptimal. Wie hier im einzelnen zu verfahren ist, hängt von der spezifischen Situation der einzelnen transformierenden Länder ab. Hier besteht zweifellos noch ein erheblicher Forschungsbedarf, um im Einzelfall theoretisch fundierte Empfehlungen zu ermöglichen.

Daß angesichts der Dimension des Strukturanpassungsproblems und der Kosten des Strukturwandels dieser Prozeß wirtschaftspolitisch begleitet bzw. gestaltet werden muß, wird um so deutlicher, wenn man die ursprünglichen restriktiven Modellprämissen aufgibt. Andererseits aber wird dann auch klar, daß eine aktive staatliche Industriepolitik, wie sie unter der Prämisse vollkommener Information und uneingeschränkter Gemeinwohlorientierung der Wirtschaftspolitiker empfehlenswert erscheint, besser unterbleiben sollte. Fehlt es nämlich an diesen Voraussetzungen, erscheint es zweckmäßig, die notwendige staatliche Strukturanpassungspolitik an Regeln zu binden, die gewährleisten, daß die Anpassungsprozesse nicht kostensteigernd verzögert werden und daß sich Interventionen weitestgehend auf die soziale oder regionalpolitische Kompensation des Strukturwandels beschränken.

Generell ergeben sich aus den Überlegungen im Hinblick auf Modifikationen der Strategieempfehlungen, die unter ökonomischem Aspekt abgeleitet wurden, unter realistischeren Annahmen folgende Aussagen:

☐ Informationsdefizite, Qualitätsmängel und Eigeninteressen in der Wirtschaftspolitik sprechen grundsätzlich für die möglichst schnelle und simultane Einführung von Märkten zur Lösung des Informationsproblems sowie für minimale globalsteuernde, statt häufige dirigistische Interventionen. Diese Regel ist weitgehend kompatibel mit dem unter ökonomischem Aspekt abgeleiteten Transformationskonzept.

☐ Soweit tatsächlich das ins Auge gefaßte Transformationstempo mit höheren Kosten verbunden sein sollte, gilt es, diese Kosten wirtschaftspolitisch zu kompensieren bzw. zeitlich zu verteilen, möglichst ohne den Strukturwandel zu bremsen.

☐ Der häufig unterstellte trade-off zwischen Akzeptanz und Geschwindigkeit des Transformationsprozesses ist nicht eindeutig: Ein hohes Transformationstempo kann zwar die Akzeptanz gefährden, aber es ist nicht auszuschließen, daß eine gradualistische Vorgehensweise die Akzeptanz mindestens ebenso stark beeinträchtigt.

Alles in allem unterstreichen mithin politökonomische Überlegungen eher noch die Notwendigkeit, nach dem skizzierten Transformationskonzept möglichst schneller und umfassender Deregulierung bzw. Liberalisierung (das heißt nach dem obigen Grundmodell) zu verfahren, während man unter dem Akzeptanzaspekt möglicherweise zwar gelegentliche kleinere pragmatische Abweichungen in Betracht ziehen muß, diese aber durchaus nur als taktische Verzögerungen oder auch gelegentliche Rückzüge im Rahmen eines sonst unveränderten Strategiekonzeptes begreifen sollte.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Präsident: Prof. Dr. Erhard Kantzenbach, Vizepräsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmahl)
Geschäftsführend: Dr. Otto G. Mayer

REDAKTION:
Dr. Klaus Kwasniewski (Chefredakteur), Wiebke Bruderhausen, Dipl.-Vw. Susanne Erbe, Dipl.-Vw. Claus Hamann, Dipl.-Vw. Christoph Kreienbaum, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Irene Wilson, M.A.

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3562306/307

VERLAG UND VERTRIEB:
Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 3562500

Bezugspreise: Einzelheft: DM 9,–, Jahresabonnement DM 106,– (Studenten: DM 53,–) zuzüglich Porto

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 1. 1983

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: AMS Wünsch Offset-Druck GmbH, 8430 Neumarkt/Opf.

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Für unverlangt eingereichte Manuskripte und Besprechungsexemplare wird keine Haftung übernommen. Beiträge werden nur zur Alleinveröffentlichung angenommen. Die Redaktion behält sich bei zur Veröffentlichung vorgesehenen Aufsätzen eine Bearbeitung vor. Das Copyright liegt beim Verlag Weltarchiv GmbH.